

Bildungs-Kontroverse B. Schilcher und F. Neugebauer. Kleine Zeitung. 8.06.2013 und 03.07.2013

Offener Brief von F. Neugebauer an B. Schilcher  
"Kleine Zeitung" vom 03.07.2013, S. 6  
Ressort: Politik

Offener Brief von B. Schilcher an F. Neugebauer  
„Kleine Zeitung“ vom 08.06.2013, S. 8  
Ressort Politik

**Lieber Bernd Schilcher!**

Blockade aus Prinzip? Fritz Neugebauers Konter auf Bernd Schilchers Brief zur Bildungsmisere in der Kleinen Zeitung.

Es ist nicht leicht, auf Deinen Brief zu antworten, ohne selbst auch unsachlich zu werden, ich will es aber versuchen.

Du schreibst von einer plötzlichen Einigung der Gewerkschaft mit der ÖVP-Führung. Mir ist keine Einigung bekannt. Faktum ist, dass die Finanzministerin und der Wissenschaftsminister – Gott sei Dank! – auf Distanz zu dem haarsträubenden Vorschlag von Unterrichtsministerin Schmied und Beamtenministerin Heinisch-Hosek gegangen sind, also zu dem Vorschlag,

1. der den Lehrerinnen und Lehrern ALLER Schularten massive Verschlechterungen hätte bringen sollen,
2. den die Vertreter ALLER Schularten deshalb aus gutem Grund ablehnen und mit allem Einsatz bekämpfen,
3. den der Bundeskanzler aber gegen den Willen der Lehrgewerkschaft und damit über die Köpfe der von ihr vertretenen Lehrerinnen und Lehrer durchzuboxen droht, wofür er von manchem Zeitgenossen auch noch Applaus bekam.

Du fragst mich, was dagegen spreche, dass die Lehrerinnen und Lehrer vierzig Stunden pro Woche in der Schule sind. Du solltest wissen, dass es an Österreichs Schulen nicht annähernd adäquate Arbeitsplätze für Lehrerinnen und Lehrer gibt. Dies beanstandet die Lehrgewerkschaft seit Langem und immer wieder. Der Dienstgeber hat sich aber bisher kaum bewegt. Österreichs Lehrkräfte finanzieren sich ihre Arbeitsplätze zu Hause übrigens aus ihrer eigenen Tasche. Überraschend und erfreulich ist es, dass die Finanzministerin jetzt dieses Thema angesprochen und eine Sanierung gefordert hat. Wohlgermerkt, die Finanzministerin, die für eine Sanierung des Ist-Zustands sehr viel Geld in die Hand nehmen muss, nicht die Unterrichtsministerin und auch nicht die Beamtenministerin, deren Anliegen adäquate Arbeitsplätze für Lehrkräfte sein müssten!

Du schreibst, „dass in der ganzen Diskussion nicht ein einziges Mal von den Kindern, Schülern oder Eltern die Rede ist, sondern ausschließlich von den Lehrern“. Glaubst Du, was Du hier schreibst, oder polemisiert Du vorsätzlich an der Wirklichkeit vorbei? Ich empfehle Dir, die Aussendungen, Artikel und Beschlüsse derer, gegen die Du agitierst, zu lesen. Ich gehe davon aus, dass Du sie bei Dir hast oder zumindest den Zugang zu ihnen kennst.

Du beklagst, dass „ein Drittel der Fünfzehnjährigen“ nicht lesen kann. Da haben wir tatsächlich enormen und akuten Handlungsbedarf. Lesen, lieber Bernd, lernt man aber nicht mit 15 und auch nicht mit 10 oder 12. Lass es mich mit Universitätsprofessor Baumert sagen: „Bereits am ersten Tag nach der Geburt vergrößern sich die in die Wiege gelegten Unterschiede. Wie liebevoll Eltern für ihre Kinder sorgen, wie sie mit ihnen reden und spielen, wie sie zuhören, ob und was sie vorlesen.“ Weil nicht alle Kinder diese liebevolle Förderung im Elternhaus erfahren, habe ich schon vor etlichen Jahren angeregt, rechtzeitig vor der Volksschule den Entwicklungsstand der Kinder zu überprüfen, um rechtzeitig vor Eintritt in die Volksschule Defiziten, woher auch immer sie stammen, gezielt zu begegnen. Ich bin damals von vielen für verrückt gehalten worden. In den letzten Jahren hat sich das allgemeine Bewusstsein aber zum Glück weiterentwickelt.

Wenn Du den Nationalen Bildungsbericht zur Hand nimmst, wirst Du erfahren, dass das Bildungsniveau unserer 10-Jährigen je nach Bildungsabschluss ihrer Eltern um Jahre differiert. Zwischen dem zehnten und vierzehnten Lebensjahr gelingt es in Österreich, diese sozial bedingte Differenz zu verkleinern. Wenn Du auch den BIFIE-Bericht über PIRLS und TIMSS liest, wirst Du erkennen: Wir haben ein Riesenproblem im ersten Lebensjahrzehnt, wo unsere Jugend einen großen Leistungsrückstand aufbaut und sozial Schwache enorm zurückbleiben.

Dass junge Menschen unterschiedliche Bedürfnisse haben, wurde viel zu lang tabuisiert. Dass gleiche Behandlung von Menschen unterschiedlicher Bedürfnisse höchst ungerecht ist, wollte man nicht verstehen. Das offensichtliche Scheitern primitiver Gleichbehandlung hat man verdrängt. Es geht auf das Konto dieses sturen Verdrängens, lieber Bernd, dass Hunderttausenden unserer Mitbürger keine entsprechenden Sprachkenntnisse vermittelt wurden.

Dass junge Menschen, die dem Unterricht aus sprachlichen Gründen nicht folgen können, ganz einfach als „außerordentliche Schüler“ in die Klassen hineingesetzt werden, dass tollkühn behauptet wurde, so werde alles gut, wirst Du wohl nicht den Lehrerinnen und Lehrern und ihrer Gewerkschaft vorwerfen wollen. Für solchen Unsinn zeichnen „Experten“ verantwortlich, die über Schule mitreden, obwohl sie keine einzige Stunde als Lehrer „in der Klasse gestanden sind“.

Die Ganztagschule ist keine Maßnahme, mit der Bildungsdefizite verhindert werden. Lieber Bernd, das stellen Bildungswissenschaftler schon so oft fest, dass es wohl auch Dir bekannt ist. Die ganztägige Schule ist ein Angebot an junge Menschen und deren Eltern. In den meisten Schulen wird dieses Angebot von einer nur sehr kleinen Minderheit angenommen. Willst Du junge Menschen deshalb zu einer ganztägigen Anwesenheit an der Schule zwingen? Ich wäre auf Deiner Seite, würdest Du eine qualitative Aufwertung ganztägiger Angebote fordern, um ihre Akzeptanz zu steigern. Wenn Du den Menschen aber eine Ganztagschule aufzwingen willst, bist Du bei mir an der falschen Adresse.

Jeder einzelne junge Mensch, der scheitert, ist einer zu viel. Was Du aber, lieber Bernd, zu erwähnen vergisst: Österreich und Deutschland sind EU-weit die beiden Staaten, in denen die Jugendarbeitslosigkeit – Gott sei Dank – am niedrigsten ist. Ein Grund, das Schulsystem gerade dieser beiden Staaten, die in ihm tätigen Lehrkräfte und deren Gewerkschaft zu diffamieren? Die Staaten, deren Bildungssystem Du propagierst, haben eine vielfach höhere Jugendarbeitslosigkeit und wesentlich mehr Menschen, die das Schulsystem ohne qualifizierten Abschluss verlassen. Das weißt Du doch, Bernd. Österreich schafft seit Jahren, was sich die EU als Benchmark bis 2020 vorgenommen hat.

Wenn Du die zu geringe Anzahl von Spitzenschülern beklagst, dann teile ich Deine Unzufriedenheit. Glaubst Du aber, man könne in der Sekundarstufe damit beginnen, Spitzenbegabungen zu fördern? Sind Dir die aktuellen Ergebnisse von PIRLS und TIMSS bekannt? Von unseren Zehnjährigen werden immer weniger Spitzenleistungen erbracht. Wir unterscheiden uns diesbezüglich dramatisch von anderen Industriestaaten und haben größten Handlungsbedarf. Talente verkümmern, wenn sie keine besondere Förderung erfahren. Das dürfen wir weder jungen Menschen antun, noch unserer Gesellschaft, die auch in Zukunft auf besondere Talente angewiesen ist, um so erfolgreich zu bleiben, wie sie es ist. Österreich gehört laut „Wealth Report 2012“ zu den wirtschaftlichen Top 10 der Welt. Diese Studie prophezeit für das Jahr 2050, dass dann nur mehr zwei Staaten Europas zu den wirtschaftlich wohlhabendsten dieser Welt gehören werden, nämlich die Schweiz und als einziger EU-Staat Österreich. Um das zu schaffen, müssen wir aber endlich auf die Begabungen schauen und auch besonders Begabten besondere Förderung zukommen lassen.

Lieber Bernd, schau Dir die Situation junger Menschen in Österreich nüchtern an und vergleiche sie mit der derzeit mehr als tristen Lage junger Menschen anderer Staaten, in denen es die Gesamtschule gibt, mit der Du Österreich seit Jahrzehnten beglücken willst. Wage den Blick auf die Wirklichkeit und verstehe den großen Einsatz der Lehrgewerkschafter für die von ihnen Vertretenen auch als Dienst an der Schule von morgen: Damit Schule gelingt, braucht sie qualifizierte Lehrkräfte. Damit man leistungsstarke Menschen für diesen Beruf gewinnt, muss man ihnen ein faires Angebot machen und gute Rahmenbedingungen bieten. Genau dafür setzt sich die Lehrgewerkschaft ein. Wenn sie sich nicht durchsetzt, werden wir uns „die Besten der Besten“ als Lehrerinnen und Lehrer der Zukunft abschminken können. Lieber Bernd, das kann doch nicht Deine Vision sein. Warum ärgert Dich das konsequente Miteinander der Gewerkschaftsvertreter der verschiedenen Schularten? Mir ist deren Schulterschluss im Interesse des Ganzen viel lieber als Dein längst überholtes Schrebergarten-Denken.

Lieber Bernd, ich stelle Dir zu den angesprochenen oder auch weiteren Themen gerne Daten samt Quellangabe zur Verfügung, solltest Du Interesse an ihnen haben. Oder noch besser: Wende Dich gleich direkt an die Lehrgewerkschafter. Die setzen sich nämlich seit vielen Jahren intensiv mit Fakten im internationalen Vergleich auseinander. Die lesen die Studien, von denen Du sprichst. Versprechen musst Du mir aber, dass Du Dir die Zeit nimmst, Dich dann mit diesen Fakten auch vertraut zu machen. Mit besten Grüßen Dein Fritz

"Kleine Zeitung" vom 08.06.2013  
Ressort: Politik

Seite: 8

Steiermark

**Lieber Fritz Neugebauer!**

Bernd **Schilcher** erinnert den Chef der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst an dessen bildungspolitische Ideale.

Es ist genau 40 Jahre her, dass wir beide mit Wolfgang Schüssel, Alois Mock, Josef Gruber und einigen anderen den „Plan 4 zur Lebensqualität – Bildung“ ausgeheckt haben. Das einzige umfassende Bildungsprogramm im Übrigen, das die ÖVP jemals besessen hat. Damals war Dir die alte, pädagogische Zwei-Klassen- oder besser Ständegesellschaft zuwider: hier die „einfachen“ Pflichtschullehrer – dort die Damen und Herrn Gymnasialprofessoren.

Jetzt ist der Moment da, diese überholte Vorstellung ein für alle Mal loszuwerden. Mit der neuen gemeinsamen Lehrerausbildung und mit einem einheitlichen Dienst- und Besoldungsrecht für alle. Und damit auch für die PädagogInnen der Ein-bis Fünfjährigen in den Krippen und Kindergärten. Die werden, wie Du weißt, immer bedeutsamer für eine erfolgreiche Bildungsentwicklung unserer Kinder. Mit und ohne Migrationshintergrund.

Und ausgerechnet jetzt geht's wieder retour. Zuerst winken die Länder und Gemeinden bei den Elementarpädagoginnen ab: kein Geld für eine moderne Ausbildung. Du hast das mit Recht die „kleinste Lösung ausgerechnet für die kleinsten Kinder“ genannt.

Aber dann einigt sich die Gewerkschaft plötzlich mit der ÖVP-Führung auf die Beibehaltung des geltenden Zwei-Stände-Modells: hier die Pflichtschullehrerin, die mit der künftig gleichen Ausbildung wie die AHS-Lehrerin, dafür aber einer höheren Lehrverpflichtung einen geringeren Lebensverdienst haben soll.

Mit welcher Begründung bitte? Wir haben die Gymnasien in Österreich samt dem Zwei-Stände-Modell 1553 eingeführt. Sind wir nach 460 Jahren immer noch nicht im demokratischen Rechtsstaat angekommen? Hier gilt bekanntlich der Gleichheitssatz: Wie willst Du diese Ungleichbehandlung argumentieren?

Die ÖVP sagt, dass die völlig unterschiedliche Tätigkeit eines Volksschullehrers verglichen mit der einer AHS-Lehrerin nicht unter den Hut eines gemeinsamen Dienstrechts gebracht werden kann. Was ist da aber mit dem Beamtendienstrecht? Hier arbeiten die einen in der Kultur, die anderen für die Wirtschaft und den Straßenbau, wieder welche für die Gesundheit und die Bildung, das Bundesheer oder die Polizei, und siehe da – alle unter dem Hut eines einheitlichen Beamtendienstrechts. Da geht's auf einmal.

Wahr ist – und das weißt Du so gut wie ich –, dass sich Gymnasiallehrer von Anfang an für etwas Besseres gehalten haben und von diesem Standesdünkel nicht heruntersteigen wollen. Die Tätigkeit eines AHS-Professors ist keine „höhere“ als die eines Volksschullehrers, sondern bestenfalls eine etwas andere.

Völlig richtig dagegen ist der Vorstoß des Wissenschaftsministers. Töchterle möchte ein Ende der „Stundenzählerei“ bei den LehrerInnen und plädiert stattdessen für eine Präsenzpflcht an den Schulen. Tatsächlich ist das jahrelange Gemetzel um ein oder zwei Stunden Unterricht mehr als

kleinkariert. Das haben weder die LehrerInnen noch ihre SchülerInnen verdient. Wobei auffällt, dass in der ganzen Diskussion nicht ein einziges Mal von den Kindern, Schülern oder Eltern die Rede ist, sondern ausschließlich von den Lehrern. Als ob die Frage der Anwesenheit von Lehrern und Schülern nicht eine der bedeutendsten für das Gelingen von Unterricht und Lernen ist.

19 von 35 OECD-Länder sehen bereits eine solche Anwesenheit aller LehrerInnen in der Schule von acht Stunden pro Tag vor. Was spricht dagegen, wenn auch in Österreich alle LehrerInnen und alle SchülerInnen von, sagen wir, 8:30 Uhr bis 16:30 Uhr in der Schule sind? So wie jeder andere Arbeitnehmer auch. Da wird dann alles erledigt, was an Lehreraufgaben anfällt: der Unterricht und seine Vorbereitung, Tests und mündliche Prüfungen entwickeln und beurteilen, Team-Sitzungen veranstalten, Lehrausgänge organisieren und durchführen, Projekte machen und Theateraufführungen, Skikurse vorbereiten und abwickeln, an Fortbildungen teilnehmen, SchülerInnen und Eltern beraten, die Beziehungen zu den Kollegen und zu den Schülern pflegen usw. Da würde der ganze, respektable Umfang der Lehrertätigkeit deutlich sichtbar und der alte Neid der „Ferienlosen“ wohl Stück für Stück verschwinden.

„Der Hauptgrund für unsere Bildungsmisere“, hat mir soeben ein pensionierter Hauptschullehrer geschrieben, „ist der galoppierende Verlust an Schul-Zeit.“ Tatsächlich hat uns allein der Übergang zur 5-Tage-Woche 5,2 Wochen Schulzeit gekostet; dazu eine weitere Woche für die Energieferien und noch eine für den „gezielten“ Einsatz der schulautonomen Tage. Das ist eine enorme Verkürzung der Schulzeit für die SchülerInnen. Wobei man der Wahrheit zuliebe hinzufügen muss, dass alle diese Kürzungen nicht auf Wunsch der Lehrerschaft erfolgt sind.

Die Folgen sind längst sichtbar: Ein Drittel der Fünfzehnjährigen kann in Österreich nicht lesen. Ein Skandal – jedes beliebige Land ist da schon bald besser als wir. Dazu kommt, dass 79.500 Jugendliche bis zum 24. Lebensjahr keinen Schulabschluss haben, keine weitere Ausbildung machen und dann noch ohne Job sind. Viele von ihnen werden frühe Sozialfälle. Immer mehr Arbeitgeber müssen Millionen Euro an Nachhilfe für angehende Lehrlinge ausgeben, weil die nach Abschluss der Pflichtschule nicht ausreichend lesen, schreiben oder rechnen können.

Aber das ist nicht alles. Wir stellen fest, dass zahlreiche Pflichtschulabgänger, egal ob sie in der Hauptschule waren oder im Gymnasium, geringe Ahnung von der Wirtschaft haben, schon gar nicht von der Finanzwirtschaft, kaum noch ein Musikinstrument beherrschen, nicht mehr singen und Theater spielen, wenig Sport betreiben, haptisch schwach sind, weil mit keinem Handwerk je in Berührung gekommen und von Grundrechten oder Gerechtigkeit so gut wie nichts gehört haben.

Wie denn auch, wenn Otto Glöckel 1919, nach 145 Jahren Ganztagschule, über Nacht die Halbtagschule eingeführt hat. Damit wurde alles, was nicht zu den drei oder vier „Hauptgegenständen“ gezählt hat, plötzlich zu bloßen Lern- und Freigegegenständen mit Mini-Stunden degradiert oder überhaupt zur Gänze gestrichen. Nur damit man um 12 oder ein Uhr mit der Schule fertig war, wie sich das die 10 % gutbürgerlichen Eltern gewünscht haben. Die dann auch die Zeit und die Möglichkeit besaßen, am Nachmittag mit ihren Kindern zum Reiten, Fechten oder Schwimmen zu gehen, Musikstunden zu nehmen, ein Ballett zu besuchen und ihrem Nachwuchs alles Wichtige mitzugeben, was man im Leben braucht. Soziale Kompetenz würde man heute dazu sagen.

Was aber ist mit der großen Mehrheit der sogenannten „Bildungsfernen“? Wer kümmert sich um die? Würde es einer christlich-sozialen GÖD-Fraktion, wie im Übrigen auch einer christlich-sozialen ÖVP, nicht gut anstehen, ihre ohnedies schrumpfende Klientel um diese wichtige Gruppe zu erweitern? Da stecken doch Tausende ungehobene Talente für unsere Zukunft drinnen. Wäre es daher nicht endlich an der Zeit, lieber Fritz, sich mit der Regierung auf eine verschränkte Ganztagschule als Regelschule zu einigen? Zumal à la longue ohnedies kein Weg an der ganztägigen Anwesenheit aller LehrerInnen an der Schule vorbeiführt und eine „Regelschule“ ja bekanntlich die Möglichkeit offenlässt, dass die Schulpartner im Einzelfall für eine Halbtagschule votieren können. Für alle anderen gäbe es wieder viel mehr Zeit und vor allem auch viel mehr Qualität.

Dazu käme die sogenannte Individualisierung des Unterrichts. Bei jedem Kind würden, wie jetzt schon in der Neuen Mittelschule, so früh wie möglich alle Begabungen festgestellt und gefördert – wie umgekehrt allfällige Schwächen durch permanente Förderung möglichst ausgeglichen werden. Dann hätten wir in Zukunft nicht nur fünf Prozent Spitzenschüler (inklusive AHS), sondern wie Korea, Neuseeland, Kanada und Finnland 15 Prozent. Und die Risikoschüler, die jetzt bei uns schreckliche 30 Prozent erreichen, würden, wie bei den PISA-Besten, auf sechs bis acht Prozent absinken.

Als „Gegengabe“ der Regierung kann man sich in sehr großen Schulen eigene „Support“-Mannschaften vorstellen, welche die PädagogInnen unmittelbar entlasten, für kleinere Schulen hingegen „Support“-Pools bei den Landesschulräten, die man bei Bedarf abrufen kann. Derartiges gibt es schon in einzelnen kanadischen Provinzen, in Sachsen und bestimmten Reformregionen Polens.

Es geht bei den jetzigen Verhandlungen also nicht nur um rein kollektivvertragliche Fragen, sondern um entscheidende bildungspolitische Weichenstellungen. Gelingen die wieder nicht, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn auch in Zukunft ein Großteil der Schulkinder Jahr für Jahr in die innere Emigration abtaucht. Glaub mir, es ist schlimm, wenn man seit Jahrzehnten zusehen muss, mit welcher Begeisterung und Neugier unsere Taferlklassler Jahr für Jahr in die Schule drängen – und wie bald sie sich schon zutiefst enttäuscht und traurig wieder abwenden und zurückziehen, auch in den Mittel- und Oberstufen. Da läuft doch etwas ganz gewaltig schief.

Lieber Fritz, Du bist natürlich in erster Linie ein Standesvertreter. Aber eben nicht nur. Dich haben doch immer auch die Ergebnisse der Bildung interessiert, die Fortschritte, die unsere Kinder machen und die Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Deshalb sitzt du ja auch im Präsidium des Nationalrats. Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass Du mit dem recht kümmerlichen Status quo unserer Bildungspolitik glücklich bist.

Darf ich Dir daher mit dem goethischen Theaterdirektor zurufen: „Der Worte sind genug gewechselt. Lasst mich auch endlich Taten sehen! Indes ihr Komplimente drechselt (sic!), kann etwas Nützliches geschehen.“

Du, die GÖD, deine Lehrervertretung und unsere Partei haben es in der Hand, ob etwas Nützliches geschieht, nämlich ein Durchbruch der Reformen – oder ob es beim bildungspolitischen Dahinwursteln bleibt. Ich bin gespannt auf Deine Entscheidung.

Mit besten Grüßen

Bernd

Bernd Schilcherwar Universitäts- professor, Landesschulratspräsident in der Steiermark und Landtagspräsident